

**RP+** Salzabbau am Niederrhein

## Kommunen richten „dringenden Aufruf“ an den Bundeswirtschaftsminister

**Kreis Wesel** · Das Unternehmen K+S will den Salzabbau am linken Niederrhein erweitern. Rheinberg, Xanten, Alpen, Sonsbeck und der Kreis Wesel sehen darin „wesentliche Risiken“. In einem „dringenden Aufruf“ bitten sie Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck um Unterstützung.

---

03.10.2024 , 13:23 Uhr · 4 Minuten Lesezeit

---



Das Steinsalz wird in einer Tiefe von bis zu 1000 Metern abgebaut.

Foto: Armin Fischer (arfi)

---



Von Markus Werning

Verantwortlicher Redakteur Xanten/Rheinberg.

In der Debatte um den weiteren Salzabbau am Niederrhein richten Rheinberg, Xanten, Alpen und Sonsbeck zusammen mit dem Kreis Wesel einen „dringenden Aufruf“ an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und bitten ihn „um seine persönliche Unterstützung“. Wie sie in einer Mitteilung am Mittwoch erklärten, sehen sie in der geplanten Erweiterung des Salzbergbaus am linken Niederrhein „wesentliche Risiken“ für Bürger und Kommunen „nicht hinreichend aufgeklärt“. Ziel ihres Appells an den Bundeswirtschaftsminister sei daher ein „konstruktiver Austausch“ mit dem Bergbauunternehmen, um „die zahlreichen offenen Fragen“ zu klären und um „unzumutbare Schäden“ zu vermeiden.

„Wir appellieren an den Wirtschaftsminister Dr. Habeck, das Bergbauunternehmen K+S zu bitten, kurzfristig in einen konstruktiven Dialog einzutreten, um möglichst zügig gemeinsame Lösungsansätze entwickeln zu können“, erklären Bürgermeisterin Nadine Bogedain (Sonsbeck) sowie die Bürgermeister Dietmar Heyde (Rheinberg), Thomas Ahls (Alpen) und Thomas Görtz (Xanten). Wenn von Unternehmerseite nicht eingelenkt werde, sähen sie sich gezwungen, gegen die geplante Erweiterung des Salzbergbaus am linken Niederrhein zu klagen. „Um diese Situation zu vermeiden und sowohl den berechtigten Interessen des Unternehmens, als auch den Belangen der Bevölkerung und Umwelt Rechnung zu tragen, bitten wir um seine Vermittlung.“

## Info

# In NRW das einzige Steinsalzbergwerk

**Hintergrund** Wie K+S erklärt, baut das Steinsalzwerk Borth seit 1926 unter Tage Steinsalz aus einer Lagerstätte zwischen Wesel und Xanten ab. Aus dem Steinsalz werden Industrie- und Gewerbesalze, Speisesalze, Pharmawirkstoffe und Auftaumittel hergestellt. Borth ist das einzige Steinsalzbergwerk in NRW, es gehört zum Konzern K+S und hat rund 350 Mitarbeiter. K+S informiert auf seiner Homepage über die Abbaupläne: [www.kpluss.com](http://www.kpluss.com). Auch die Bürgerinitiative der Salzbergbaugeschädigten NRW informiert darüber: [www.salzbergbaugeschaedigte.de](http://www.salzbergbaugeschaedigte.de).

Das Schreiben an Robert Habeck ist überschrieben mit der Betreffzeile „Bitte um Unterstützung und gegebenenfalls Moderation eines Dialogs zwischen Bergbauunternehmen und betroffenen Kommunen“. Auf zwei Din-A4-Seiten erklären Rheinberg, Xanten, Alpen, Sonsbeck und der Kreis Wesel dem Bundeswirtschaftsminister den Hintergrund ihres Appells. Nachrichtlich geht das Schreiben auch an das NRW-Wirtschaftsministerium sowie die Bezirksregierungen Düsseldorf und Arnsberg. Eine Durchschrift ist auch an K+S vorgesehen. Das Schreiben liegt unserer Redaktion vor.

---

**RP+** Bergwerk soll erweitert werden

**Xanten befürchtet Schäden durch Salzabbau**

---

Kritik an Plänen von K+S

**Schäden am Xantener Dom durch Salzbergbau befürchtet**

---

Zwei Gebiete bei Xanten, Alpen und Rheinberg

**K+S beantragt weiteren Salz-Abbau am Niederrhein**

---

Der Konzern K & S betreibe untertägigen Steinsalzabbau im Bergwerk Borth und greife durch die bergbaubedingten Bodensenkungen „schwerwiegend in Grundwasser und Oberflächenwasser“ in den vier Städten und Gemeinden ein,

erklären die Kommunen auf den zwei Seiten. Das Unternehmen plane eine Erweiterung der Abbaufelder und die Verlängerung der Abbautätigkeit bis zum Jahr 2050. Für das entsprechende Planfeststellungsverfahren sei die Bezirksregierung Arnsberg federführend.

Im Antrag von K+S und in der Umweltverträglichkeitsprüfung würden „nach unserer übereinstimmenden Auffassung“ die getroffenen Prognosen zu den Folgen eines weiteren Salzabbaus am linken Niederrhein „nicht nachvollziehbar begründet“, schreiben die Kommunen weiter. Die Einschätzung des Senkungsgeschehens sei „unscharf“, sodass die darauf begründeten Ableitungen für die Umwelt und die Betroffenheit der kommunalen Belange „unsererseits als haltlos empfunden werden“.

Für weite linksrheinische Teile des Kreises Wesel seien die Auswirkungen des Steinsalz- und vormals Steinkohlebergbaus „prägend für Mensch, Landschaft und Umwelt“, erklären die Kommunen dem Bundeswirtschaftsminister. Die Bodensenkungen durch den Bergbau machten schon jetzt Binnendeiche erforderlich, „welche zu den höchsten in Europa zählen“. Sollte die Erweiterung des Salzabbaus genehmigt werden, werden weitere Bereiche der Region „jahrzehntelanger Bergsenkungen unterliegen“. Die Folgen würden „als Ewigkeitslast verbleiben“.

Wegen der Bedenken der Kommunen und zahlreicher Bürgereinwendungen habe die Bezirksregierung Arnsberg eine Online-Konsultation durchgeführt, berichten Rheinberg, Xanten, Alpen, Sonsbeck und der Kreis Wesel dem Bundeswirtschaftsminister. Aber es sei der verfahrensführenden Behörde weder gelungen, „unsere Bedenken sinnentsprechend an das Unternehmen heranzutragen, noch sind die Einschätzungen des Unternehmens geeignet, die unsererseits bestehenden Fragen und Bedenken aufzuklären und abzuschwächen“. Zu einem „substantiellen Austausch“ zwischen dem Unternehmen, den Kommunen und weiteren Beteiligten sei es „noch nicht gekommen“.

---

**RP+** Geschäftsführung sieht Gefahr für Klinikbetrieb

## **Xantener Sankt-Josef-Hospital ist gegen den geplanten Salz-Abbau**

---

**RP+** Stellungnahme beschlossen

## **Xanten lehnt Salzabbau bis unters Stadtgebiet ab**

---

Deshalb würden sie sich an Robert Habeck wenden, erklären die Kommunen. „Wir sind ausdrücklich bereit, mit dem Bergbauunternehmen einen gemeinsamen Weg zu suchen, auf dem wir „rücksichtsvoll und kooperativ die Rohstoffgewinnung begleiten können“, schreiben Rheinberg, Xanten, Alpen, Sonsbeck und der Kreis Wesel dem Bundeswirtschaftsminister. Dazu sei die „für uns bisher nicht erkennbare Bereitschaft des Unternehmens“ erforderlich. „Daher bitten wir Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen und das Bergbauunternehmen in diesem Sinne zu beraten.“

(wer)

**RP+**

Jetzt neu: Persönlichen Link kopieren und diesen Artikel für Freunde freischalten.

Link kopieren